



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung

Bern, 22. September 2018

Lohnleichheit: Der Nationalrat muss Nägel mit Köpfen machen

Redebeitrag Vania Alleva, Präsidentin Unia

Geht es um die Rechte der Frauen, geht alles extrem langsam. Die Lohnleichheit ist seit 37 Jahren in der Verfassung verankert aber noch immer nicht umgesetzt! Jetzt endlich berät das Parlament konkrete Massnahmen. Das Gesetz, das am Montag im Nationalrat beraten wird, ist zahnlos. Aber sogar diese schwache Gesetzesrevision könnte es am 24. September schwer haben.

Ein griffiges Gesetz muss her

Die Rechte der Frauen und die Gleichstellung werden in der Schweiz mit Füßen getreten. Das Parlament muss jetzt den Skandal der Lohnungleichheit endlich beenden. Wir fordern deshalb vom Nationalrat: 1. zwingende Sanktionsmöglichkeiten für Betriebe, die die Lohnleichheit nicht einhalten, 2. sofortige Anpassung der Frauenlöhne bei Verstössen, 3. Verpflichtung aller Betriebe zu Lohnanalysen und wenn nötig Anpassung! Mit der jetzigen Vorlage könnten 99 Prozent der Betriebe weitermachen wie zuvor!

Jährlicher Lohnklau an Frauen: 10 Milliarden Franken!

Die Arbeitgeber profitieren enorm von der Lohnungleichheit auf Kosten der Frauen: Gemäss einer Spezialauswertung des Büro BASS für die Unia beträgt der Lohnklau an den berufstätigen Frauen in der Schweiz gesamthaft jährlich fast 10 Milliarden Franken! Jede Berufsfrau wird in ihrem Arbeitsleben um volle 303'000 Franken betrogen (Basis: Letzte aktuellen Zahlen zu den Durchschnittslöhnen, 2014) und pro Monat fehlt ihr damit 590 Franken im Portemonnaie.

Die Unia und die Gewerkschaften werden nicht ruhen, bis der Verfassungsartikel für gleiche Rechte für Frauen und Männer und die Lohnleichheit umgesetzt sind. Wir fordern deshalb mit Nachdruck den Nationalrat dazu auf, den Beschluss des Ständerates zu korrigieren!

Kontakt: Vania Alleva, Vizepräsidentin SGB und Unia-Präsidentin, 079 620 11 14